

Skript der Haushaltsrede 2025 von Stefan Glander, Fraktionsvorsitzender Die Linke im Stadtrat Kaiserslautern, gehalten am 18.11.2024 *

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Stadtvorstand,

ich nehme jetzt schon mal die Spannung raus: meine Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen. Spannend ist natürlich die Frage, warum wir das tun, bei einem Haushalt, der mit einem geplanten Jahresfehlbetrag in Höhe von fast 38,5 Millionen Euro eindeutig gegen die Verpflichtung zur Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts gemäß § 93 Abs. 4 der Gemeindeordnung verstößt.

Dass es soweit kommt, war mit der Einführung der sogenannten „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ bereits absehbar, und das hatte ich in meiner letzten Haushaltsrede bereits erläutert. Zur Erinnerung: Mit der Teilnahme an der Partnerschaft zur Entschuldung, was uns eine Altschuldenübernahme in Höhe von 369.334.253 Euro bringt, entfallen allerdings die Zuweisungen zum Kommunalen Entschuldungsfond, zum Zinssicherungsschirm und der Abbaubonus, was zu Mindereinnahmen in Höhe von 20,58 Millionen Euro führt. Zudem sinken die Erträge der sozialen Sicherung um 2,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr – und dabei ist zu berücksichtigen, dass wir im letzten Jahr eine einmalige Sonderzahlung des Landes in Höhe von 7,2 Mio. Euro für die kommunale Fluchtaufnahme erhielten – und gleichzeitig steigen die Aufwendungen für die soziale Sicherung um 4 Millionen Euro. Die Kostenerstattungen des Landes liegen zum Teil unter 50% der Aufwendungen, die unsere Stadt tragen muss.

Zusätzlich wirkt sich die Verpflichtung, die Restschulden aus Liquiditätskrediten bis 2053 zu tilgen, mit einer jährlichen Belastung in Höhe von 4.420.545 Euro aus.

Alles in allem verschlechtert sich unsere finanzielle Situation trotz Teilentschuldung dramatisch, und die Landesregierung verstößt gleichzeitig massiv gegen das Konnexitätsprinzip. Gerade bei der Schülerbeförderung wird dies besonders deutlich: Zuwendungen in Höhe von 2.760.000 Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 4.750.850 Euro gegenüber, wir bleiben auf Kosten von fast 2 Millionen Euro sitzen.

Und wenn wir schon dabei sind: auch bei dem Zukunfts- und Finanzierungskonzept für das Westpfalz-Klinikum macht sich die Landesregierung einen schlanken Fuß. Das Sanierungskonzept wird allein von den Gesellschaftern getragen. Die vom Land bereitgestellten Finanzmittel sind laut Aussage der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz "völlig unzureichend". Nötig wäre eine sofortige Verdoppelung des jährlichen Investitionsvolumens. Zudem muss die Eigenbeteiligung der Krankenhäuser an Investitionen von derzeit mindestens zehn Prozent sofort entfallen, weil sie von den Krankenhäusern nicht mehr gestemmt werden kann. Und es darf nicht sein, dass die Sanierung des Westpfalz-Klinikums auf den Schultern der Beschäftigten erfolgt, wie gerade bei der beabsichtigten Schließung der eigenen Küche vorgesehen.

Jetzt haben ja nicht nur wir Probleme mit der Haushaltsaufstellung für nächstes Jahr: Laut dem Städtetag Rheinland-Pfalz wird keine kreisfreie Stadt in unserem Bundesland dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Spätestens jetzt muss doch auch die Landesregierung erkennen, dass die Haushaltsprobleme der Kommunen nur die Symptome ihrer verfehlten Politik sind. Und nebenbei: selbst die kleine Ortsgemeinde Reichthal im Donnersbergkreis mit 97 Einwohnern will jetzt gegen das Land wegen der ausgewogenen Finanzlage klagen.

Also eines muss man der Landesregierung ja lassen: in ihrem Anspruch, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, ist sie schon konsequent. Wir haben uns halt nur was

anderes darunter vorgestellt.

Übrigens steht im Leitfaden des Ministeriums der Finanzen zur Kommunalentschuldung folgender Satz: „Nach der Entschuldung haben alle Kommunen die Möglichkeit und zugleich die Verpflichtung, die verbleibenden Liquiditätskredite selbst zu kontrollieren und zu reduzieren.“ Diese Möglichkeit wird uns jedoch durch das gleiche Gesetz genommen, sonst müssten wir nicht im nächsten Jahr Liquiditätskredite in Höhe von 27,9 Millionen Euro aufnehmen, wodurch die Entschuldung ja gerade ad absurdum geführt wird.

Im Rahmen der Teilentschuldung, Schuldenbremse und ausgeglichenem Haushalt wird ja immer gerne auf die Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit verwiesen, auch im Vorbericht zum Haushalt und in der Begründung des Landes zur Kommunalentschuldung. Es ist allerdings keine Generationengerechtigkeit, nachfolgenden Generationen zwar ausgeglichene Haushalte, aber gleichzeitig eine marode Infrastruktur zu hinterlassen. Es ist Generationengerechtigkeit, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt, ein lebenswertes Kaiserslautern zu hinterlassen.

Das fängt bei den Schulen an. Frau Pfeiffer hat ja letzte Woche den Entwurf des Schulentwicklungsplans vorgestellt. Der zeigt in erschreckender Weise, in welchem maroden Zustand unsere Schulen, speziell die Grundschulen sind. Kinder und Jugendliche in solch marode Schulen zu schicken, ist das genaue Gegenteil von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Auch hier benötigen wir die finanziellen Mittel, um den Sanierungs- und Investitionsstau aufzulösen.

Nun ist es ja schön, Frau Oberbürgermeisterin, wenn der Ministerpräsident Alexander Schweitzer wie sie sagen gesprächsbereit ist, was die finanzielle Situation der Kommunen in Rheinland-Pfalz angeht und sich der Probleme bewusst ist. Das Schreiben der ADD zu unserem Nachtragshaushalt sagt da leider etwas ganz anderes, sonst hätten wir jetzt keine Haushaltssperre, die uns das Leben schwer macht. Wir müssen hier ganz klar sagen, ja, vielen Dank lieber Ministerpräsident, aber mit deinen warmen Worten können wir unsere Haushaltslücke nicht füllen. Heiße Luft hilft uns hier nicht weiter, sondern nur eine auskömmliche und verfassungsgemäße Finanzausstattung unsere Stadt.

Und genau deswegen stimmen wir diesem Haushalt zu, um ein klares Zeichen zu setzen, dass es der Stadtrat Kaiserslautern ist, der diesen Haushalt beschließt und nicht die ADD. Sie werden in diesem Haushalt nichts finden, was nicht dringend erforderlich und notwendig wäre. Für den Jahresfehlbetrag ist allein die Landesregierung verantwortlich, dass muss hier in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Und das ist gleichzeitig auch der Grund, warum wir zukünftigen Haushalten dieser Art nicht mehr zustimmen können – weil sie nicht zukunftsfähig sind. Wir können es uns nicht leisten, in dieser Amtsperiode des Rates weiterhin die nötigen Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Investitionen in Infrastruktur, in Schulen, in die Verkehrswende (und hierzu kann der neue Nahverkehrsplan nur ein erster Schritt sein, und selbst der ist ja nicht ausfinanziert), Investitionen in Klimaanpassung und in Klimaschutz. Wir sehen doch, wohin es führt, wenn wir Klimaschutz und Klimaanpassung nicht konsequent angehen. Da komme ich wieder auf die Generationengerechtigkeit zurück: wollen wir den nachfolgenden Generationen sagen, wir konnten nichts machen, ein ausgeglichener Haushalt war halt wichtiger?

Meine Damen und Herren, am 27. Januar schlossen sich etwa 6.000 Teilnehmer*innen der „Demo gegen rechts“ an, die größte Demo in Kaiserslautern, an die ich mich erinnern kann. Bundesweit waren auf ähnlichen Demonstrationen über 3 Millionen Menschen, die Proteste gegen den Rechtsruck waren die größte Demonstrationsserie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Und dann mussten wir in den letzten Zuckungen der gescheiterten Bundesregierung erleben, dass sie in ihren Gesetzgebungsverfahren einen AfD-look-alike Wettbewerb veranstaltet, die die wenigen Verbesserungen beim Bürgergeld in der gleichen Legislatur wieder zurücknimmt und das Bürgergeld schlimmer macht, als es Hartz-IV jemals war, und mit den Verschärfungen im Asylrecht einen Rechtsruck vorantreibt, gegen den zu Beginn des Jahres Millionen auf den Straßen demonstriert haben. Und damit ein reines Ablenkungsmanöver betreibt: Bürgergeldempfänger*innen und Geflüchtete sind nicht daran schuld, dass es keine bezahlbaren Wohnungen gibt, dass die Schulen marode sind oder die Gesundheitsversorgung nicht funktioniert. Armut ist das Problem das bekämpft werden muss, nicht die Armen!

Leider werden die genannten Gesetzesverschärfungen auch in unserer Stadt Auswirkungen haben, da Kaiserslautern beim verfügbaren Einkommen in Rheinland-Pfalz weiterhin auf dem vorletzten Platz liegt, und so werden viele Menschen in unserer Stadt unter diesen Sozialkürzungen leiden.

Meine Damen und Herren, ich kann ihnen versprechen, meine Fraktion wird auch in 2025 keinen Millimeter nach rechts rücken, wir werden uns weiterhin für ein friedliches, solidarisches und gerechtes Miteinander in Kaiserslautern einsetzen, für alle Einwohner*innen, egal wie kurz oder lang sie schon hier leben, egal welche Hautfarbe, welche Nationalität oder welchen Glauben sie haben.

Wir dürfen nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufgeben.

Egal, ob wir uns für eine auskömmliche Kommunalfinanzierung oder gegen den Rechtsruck einsetzen, halten wir uns an die Worte Adornos: sich weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen.

Stefan Glander, den 18.11.2024

** Dies ist ein Skript. Die gehaltene Haushaltsrede kann Variationen und Inhalte enthalten, die bei der schriftlichen Vorbereitung der Rede noch nicht absehbar waren und sich aus dem Verlauf der Stadtratssitzung ergeben haben.*